

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag

24. Februar 1925

Berlin und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

## Hjalmar Branting gestorben.

### Ein Führer der Internationale.

Stockholm, 24. Februar. (WIB) Der gewesene schwedische Ministerpräsident Branting ist heute mittags 12,37 Uhr gestorben.

Mit Hjalmar Branting verschwindet wieder eine der großen Gestalten der internationalen sozialistischen Bewegung aus den Reihen der Lebenden, einer von denen, die mit Jean Jaurès, August Bebel, Viktor Adler in einer Reihe gestanden und für sein Land nicht weniger bedeutet hatte als sie für das ihre. Schweden, das weite schwachbevölkerte Land mit seiner sich spät entwickelnden Industrie schien für die sozialdemokratische Propaganda ein wenig fruchtbarer Boden. Daß die Sozialdemokratie dort im Lauf eines Menschenalters zu einer führenden Stellung aufsteigen konnte, schien beinahe ein Wunder, es war auch bis zu einem Grade ein Wunder der Persönlichkeit, der Persönlichkeit Hjalmar Brantings. Der Führer der schwedischen Sozialdemokratie besaß nicht nur das rückhaltlose Vertrauen der Arbeiterschaft, sondern auch die sich oft bis zur Bewunderung steigende Achtung der Gegner.

Branting und die ihm Gleichstehenden hatten zweifellos viel von der deutschen Sozialdemokratie gelernt. Unter ihrem Einfluß vollzog sich im Gleichschritt neben der Aufrichtung der Parteiorganisation auch die der Gewerkschaften und der Presse. In letzterer Beziehung hat Schweden sogar Deutschland überflügelt. Der idealistische Schwung der Bewegung und ihre großen Zukunftsperspektiven trübten niemals den Blick für die Notwendigkeiten praktischer Gegenwart.

Schweden ist im Verhältnis zu Deutschland ein durch und durch demokratisches Land. Auch das Vorhandensein einer monarchischen, nur auf Repräsentation beschränkten Spitze ändert daran nichts. Eine Junkertaste ist nicht vorhanden. Wohl aber gibt es eine starke, auf den Grundbesitz und auf Teile des Bürgertums sich stützende konservative Partei, die mit dem alten Deutschland durch starke Beziehungen verbunden war.

Dies und die gemeinsame Gegnerschaft gegen Rußland rief zu Beginn des Weltkriegs eine aktivistische Bewegung hervor, die für eine Beteiligung Schwedens am Krieg auf Seiten Deutschlands lebhaft eintrat. Doch Branting diese Bewegung auf das schärfste bekämpfte, war nicht nur begrifflich, sondern auch berechtigt; dieser Kampf lag nicht im Interesse Schwedens, sondern auch im wohlverstandenen Interesse Deutschlands, das aus der schwedischen Neutralität wohl manchen Vorteil ziehen konnte, dessen Schicksal zu wenden aber die Kräfte Schwedens weit überstieg. Leider aber hatte die proletarische Strömung in Schweden auch starke ententistische Strömungen ausgelöst; die Begeisterung der besitzenden Klassen für das alte Deutschland war für dieses bei den Arbeitern eine schlechte Empfehlung. Für die deutsche Sozialdemokratie aber war es ein harter Schlag, daß Branting sich nicht darauf beschränkte, Schwedens Neutralität zu verteidigen, sondern daß er sogar lebhaftes Sympathien für die Gegner Deutschlands im Weltkrieg an den Tag legte.

Der Frieden von Versailles hat auch ihm wie so vielen anderen, die geglaubt hatten, mit der Entente für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, eine bittere Enttäufung gebracht. Selbsten hatte Branting seinen großen internationalen Einfluß oft zugunsten Deutschlands eingesetzt, so daß mir heute nicht nur als Sozialdemokraten, sondern auch als Deutsche sagen können, daß wir an Branting einen Freund verloren haben.

Hjalmar Branting hinterläßt der jetzt wieder regierenden sozialdemokratischen Partei Schwedens ein großes Erbe. Sie besitzt viele ausgezeichnete Männer, aber keinen, der wie Branting bis in die bürgerlichen Parteien und weit in das Ausland hinein wirkt. Als Zeichen edler und tiefer Trauer werden sich die roten Fahnen und die blaugelben Nationalflaggen, die längst gewohnt sind, einig nebeneinander zu wehen, auf das Grab des großen Führers senken.

Mit der schwedischen Arbeiterschaft, mit dem schwedischen Volk trauert die ganze sozialistische Internationale über den Tod dieses außerordentlichen Mannes.

### Gelehrter — Agitator — Staatsmann.

Karl Hjalmar Branting, der langjährige Führer der — und nicht zum wenigsten dank Brantings Arbeit — so mächtigen sozialdemokratischen Partei Schwedens, war geboren am 23. November 1876 in Stockholm als der Sohn eines Lehrers der in Schweden so sehr beliebten Heilgymnastik. Seine Mutter entstammte einer reichen Adelsfamilie. In einer Stockholmer Schule der „oberen Jahrgänge“, in der die Religion Grundfrage allen Lehrens war, hatte der junge Branting den heiligen König Gustav zum Schutzherrn. Brantings Interesse wandte sich der Ökonomie zu, und nach dem Studium an der Universität Uppsala war er Assistent an der Stockholmer Sternwarte.

Eine Reise ins Ausland brachte ihn mit den führenden Sozialisten Europas in Verbindung, und als er 1894 nach Hause zurückkehrte, gab er die wissenschaftliche Laufbahn auf und widmete sich ganz der sozialistischen Propaganda. 1898 begründete er die Tageszeitung „Sozialdemokraten“, deren Hauptredakteur er jahrzehntlang blieb und die die Mutter zahlreicher Parteiblätter in den Provinzen geworden ist. Der Aufbau der Parteiorganisation, die Erkämpfung des allgemeinen gleichen Wahlrechts sind zum großen Teil der Kampfernergie und Ueberzeugungskraft zu danken, die die selbstlos und körperlich mächtige Persönlichkeit Brantings ausübte. 1899 mußte er wegen „Religionsstörung“ ins Gefängnis,

schon 1896 wurde er, als erster Sozialist, in den Reichstag gewählt.

Im Herbst 1917 übernahm Branting in der liberal-sozialdemokratischen Regierung das Finanzministerium, trat aber schon im Januar 1918 wegen Krankheit zurück. Nach dem sozialdemokratischen Wahlerfolg von 1920 bildete er das erste Kabinett Branting, das aber im Herbst desselben Jahres, nach erneuten Wahlen mit konservativem Erfolg, zurücktrat, da die Liberalen eine Einheitsregierung nicht schließen wollten. Die Septemberwahlen von 1921 stärkten die Sozialdemokratie wieder — das zweite Kabinett Branting trat ins Leben und blieb bis zum August 1923 am Ruder; die Zunahme der Konservativen in der Ersten Kammer veranlaßte den Rücktritt. Die jüngsten schwedischen Wahlen, deren großer Erfolg für unsere Genossen noch in aller Erinnerung ist, brachten das dritte Kabinett Branting ins Amt: Abriistung nach dem Beispiel der dänischen Arbeiterregierung Stauning ist das nächste Ziel auch der schwedischen Arbeiterregierung — Abbau der Arbeits- und Gehaltsdifferenz im Reichsrot ein weiteres Ziel.

Seit mehreren Jahren gehörte Branting als Vertreter Schwedens dem Völkerbundrat an, und hier ist er wiederholt für die deutschen Minderheiten in den neuen Staaten Mitteleuropas eingetreten.

Branting war ein unbedingter Gegner jedes Vortraditionalismus, und schon gar der konservativen Spaltungs- und Fäulnishehe. Die letzten schwedischen Wahlen brachten ihm die Genugtuung, daß auch jener kleine Teil der Arbeiterschaft, der sich von den Kommunisten hatte einfangen lassen, wieder zur Sozialdemokratie zurückkehrte.

## Die Krankheit des Reichspräsidenten.

### Sein Befinden zufriedenstellend.

Am heutigen Vormittag sind folgende Meldungen ausgegeben worden:

10 Uhr vorm. Reichspräsident Ebert ist im Laufe der vergangenen Nacht durch Geheimrat Prof. Dr. Bier in einem hiesigen Krankenhaus am Blinddarm operiert worden. Die Operation, die über eine Stunde dauerte, ist gut verlaufen. Das Befinden des Reichspräsidenten ist befriedigend.

1 Uhr mittags. Schon aus der Dauer der Operation von einer Stunde ergibt sich, daß die Operation schwierig war. Es lag eine Verwachsung des Blinddarms vor und auch bereits eine kleine Perforation. Trotzdem ist es gelungen, die Operation noch gerade im letzten Augenblick vor der größten Gefahr vorzunehmen. Wenn auch die Krise noch nicht ganz überwunden ist, so ist doch das Befinden des Patienten befriedigend.

Aus der vorstehenden neuesten Meldung ersieht man, wie gewissenlos die Verbreitung ungenügender Nachrichten über das Befinden des Reichspräsidenten war, mit denen heute Vormittag — wahrscheinlich von übelwollenden Elementen — die ganze Stadt erfüllt war. Der neueste Situationsbericht gibt durchaus keinen Anlaß zu Besorgnissen und alle Republikaner werden sich in der Hoffnung nicht beirren lassen, daß der Reichspräsident die Folgen der Operation übersteht und in einigen Wochen in voller Gesundheit wieder in sein schweres und hohes Amt zurückkehren wird.

## Konflikt im Tscheka-Prozess.

### Ein kommunistischer Verteidiger durch Schutzpolizei aus dem Saal geführt.

Leipzig, 24. Februar. (WIB) In der heutigen Sitzung des Tscheka-Prozesses kam es wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden Als Rechtsanwalt Dr. Samter eine Erklärung abgeben wollte, die der Vorsitzende ablehnte, da sie eine Kritik der Verhandlungsweise enthalte, widersetzte sich Rechtsanwalt Dr. Samter den Anordnungen des Vorsitzenden wiederholt.

Er fuhr fort, seine Erklärung zu verlesen, obgleich ihm der Vorsitzende das Wort entzog, und überreichte die Erklärung auch dem Gerichtsschreiber. Der Vorsitzende forderte ihn darauf kraft seines Hausrechts auf, den Saal zu verlassen. Da Rechtsanwalt Dr. Samter sich weigerte, wurde er schließlich durch zwei Schutzpolizisten aus dem Saal geführt.

Die kommunistischen Verteidiger erklärten, sie würden sich sofort beschwerdeführend an das Justizministerium wenden. Um 12 Uhr trat die Mittagspause ein. (Siehe den ausführlichen Bericht auf Seite 3.)

## KPD.-Politik.

### Lärmjahren im Dortmunder Stadtparlament.

Dortmund, 24. Februar. (WIB) Gleich zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung verlangten die Kommunisten in lärmender Weise das Wort zur Geschäftsordnung, und als ihnen dies nicht sofort zugesagt wurde, setzten sie den Lärm fort. Hierauf beschloß der Stadtverordnetenrat nach einer halbstündigen Beratung die Sitzung abzubrechen. Im Vorraum des Sitzungssaales kam es dann zwischen dem Hauptwortführer der Kommunisten Wünnenberg und einem erregten Führer der Kommunisten Wünnenberg und einem Zentrumsabgeordneten zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Wünnenberg von dem Zentrumsabgeordneten einen heftigen Schlag ins Gesicht erhielt, der das Auge verletzete. Weitere Tätlichkeiten wurden von den Fraktionsgenossen der betreffenden Parteien verhindert.

## Für ehrliche Steuerleistung.

### Die Offenlegung der Steuerlisten.

Staatssekretär Popitz hat kürzlich im Steuerauschuß des Reichstages festgestellt, daß die Steuermoral in Deutschland stark gesunken sei. Es ist wertvoll, daß das von so hoher Stelle aus anerkannt wird. Dr. Popitz aber hat daraus die eigentümliche Folgerung gezogen, daß die Steuerleistung gesenkt werden müßte. Wir halten diesen Weg, die Steuermoral zu bessern, für falsch. Durch ihn wird zwar erreicht, daß die Steuerleistung des gesamten Bestes ermäßigt wird. Keinesfalls aber ist er ein Schutz des Reiches vor unehrlicher Steuerzahlung und ebenso wenig wird durch ihn der ehrliche Steuerzahler geschützt.

Das ist aber eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben. Jeder Steuerpflichtige hat ein Recht, zu verlangen, daß die Steuerleistung bei gleichen Voraussetzungen gleich hoch ist und daß der unehrliche Steuerzahler nicht besser gestellt ist als der ehrliche. Bei der heutigen starken steuerlichen Belastung ist die Verschiedenheit in der Steuerleistung sonst wirtschaftlich und moralisch unerträglich. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre aber gezeigt haben, ist eine ehrliche Steuerleistung mit den bisherigen Methoden nicht zu erzielen. Die Neigung, durch falsche Angaben, besonders aber durch völlig unüberprüfliche Organisationsgestaltung der Unternehmungen, die Steuerleistung zu vermindern, ist so tief eingegriffen, daß sie nur mit den schärfsten Mitteln zu beseitigen ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb einen Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten gestellt. Sie wiederholt damit eine alte Forderung, die bisher immer von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden ist, zuletzt bei der Beratung des Geldwertierungsgesetzes im März 1923.

Der oberste Grundsatz jeder modernen Steuergesetzgebung, die Verteilung der Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit, kann nicht allein durch eine entsprechende Gestaltung der einzelnen Steuergesetze verwirklicht werden. Kein Steuergesetz kann so fein ausgearbeitet werden, daß keine Lücken mehr bleiben, die dem findigen Steuerpflichtigen nachher eine Umgehung ermöglichen. Deshalb müssen Garantien geschaffen werden, daß auch die Anwendung der Gesetze bei der Steuerveranlagung die gleichmäßige Steuerleistung sichert. Diese Garantien können die Steuerbehörden allein nicht übernehmen. Während es ihnen bei kleinen Steuerpflichtigen leicht möglich ist, die Bestimmungen der Steuergesetze streng durchzuführen, sind sie dieser Aufgabe gegenüber großen Steuerpflichtigen und den Konzernen meist nicht gewachsen. Die steuerlichen Verhältnisse großer Einkommen und Vermögen sind meist überaus kompliziert. Aber auch die gesellschaftliche Macht solcher großen Steuerpflichtigen schüttert vor allem in kleineren Städten und auf dem Lande die Steuerbehörden oft ein, so daß sie gar nicht wagen, die Gesetze streng anzuwenden. Die Folge ist dann, daß diese Steuerpflichtigen geringer zu den Steuerlasten herangezogen werden wie die kleinen Einkommen und Vermögen.

Es bleibt hier nur ein Weg, die strenge Durchführung der Steuergesetze auch gegenüber großen Steuerpflichtigen zu sichern: Durch Beteiligung der Öffentlichkeit an der Veranlagung im Wege der Offenlegung der Steuerlisten. Die Offenlegung der Steuerlisten zwingt den Steuerpflichtigen, sein Einkommen und Vermögen richtig zu versteuern, um nicht vor aller Welt als Steuerhinterzieher darzustellen. Die Öffentlichkeit hat ein besseres Urteil für die Leistungsfähigkeit auch bei bedeutenden Einkommen und Vermögen, und zwar um so mehr, weil die Offenlegung aller Steuerlisten entsprechende Vergleiche mit den Listen anderer Steuerpflichtiger ermöglicht. Überall wo man daher zur Offenlegung der Steuerlisten übergegangen ist, hat sich aufs deutlichste gezeigt, in welchem Maße bisher gerade die wohlhabendsten Klassen sich ihrer vollen Steuerpflicht entzogen. Ein lehrreiches Beispiel dafür bieten die Vereinigten Staaten von Amerika, in denen neuerdings die Offenlegung der Steuerlisten erfolgt ist. Das Ergebnis war dort geradezu ungeheuerlich und löste gerechte Empörung aus. Denn es zeigte sich mit einem Schlage, wie verhältnismäßig gering die Steuerleistungen der großen Steuerpflichtigen waren, in welchem Umfange die reichen Leute bisher Steuern zu hinterziehen wußten.

Die Verhältnisse in Deutschland aber machen die Offenlegung der Steuerlisten noch viel nötiger. Mehr als in anderen Ländern bedeutet sie bei uns die Beseitigung eines Sonderrechts der besitzenden Klassen. Denn dank der Lohnsteuer gibt es für den deutschen Arbeiter seit langem kein Steuergeheimnis mehr. Aber während der Arbeiter jahraus jahrein ihre Steuern bis auf den letzten Pfennig zahlen mußten, hat das Steuergeheimnis der Besitzenden zu einer immer größeren Korruption, zu einem immer stärkeren Sinken der Steuermoral geführt. Die ängstliche Wahrung des Steuergeheimnisses hat bisher verhindert, der Öffentlichkeit zu zeigen, welchen Umfang der Steuerbetrug bei uns angenommen hat. Nur ein paar markante Fälle sind in die Öffentlichkeit gedrungen. Anfang 1924 ist nach 24-jährigem Verfahren der deutschnationale Abgeordnete van den Kerckhoff vom Landgericht in Elberfeld wegen Mangel an Beweisen von der Steuerhinterziehung freigesprochen worden, da alle belastenden Akten vorher gestohlen waren. Kerckhoff ist daraufhin nicht mehr als Kandidat aufgestellt worden. Aber bei den Bürgerstämmlerwahlen

in Hamburg ist der deutsch-nationale Großschlichter Emil Doppermann gewählt worden, obgleich er erst kurz vorher vom Finanzamt St. Pauli-Eimsbüttel wegen Steuerhinterziehung zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war.

Wenn es möglich ist, daß Parteien, die bei anderen jeden kleinsten Hauch von Korruption entdecken, ihren Wählern Steuerdefraudanten als Kandidaten vorlegen können, dann ist es höchste Zeit, in diesem ganzen Sumpf auszuräumen. Dazu aber gibt es kein besseres Mittel als die Offenlegung der Steuerlisten. Denn nur die Deffinitivität kann diese Aufgabe mit Erfolg lösen. Keine Steuerbehörde mag es heute, den Kampf mit den großen Konzernen der Sinnes und Genossen aufzunehmen. Aber die Deffinitivität muß ihn aufnehmen, um die Sauberkeit der Steuerleistung wiederherzustellen. Denn es ist eine Aufgabe der gesamten Deffinitivität, den ehrlichen Steuerzahler vor dem unehrlichen zu schützen, der seine Lasten auf diejenigen abwälzt, die „dumm“ genug sind, ihre Pflichten zu erfüllen. Wenn Handel, Industrie und Landwirtschaft ehrliche Steuerzahler wären, hätten sie selbst das größte Interesse daran, für die Offenlegung der Steuerlisten einzutreten. Denn dadurch könnten sie durch Tatsachen die Ueberlastung mit Steuerleistungen dartun, über die sie jetzt so beweglich klagen.

Aber das Gegenteil geschieht. Die Rechtsparteien versuchen die gleichmäßige Steuererhebung zu erschweren und die Schieber zu schützen. Ein deutsch-nationaler Antrag fordert die „Beseitigung des Spindelweizens“, das angeblich die Moral der Steuerpflichtigen wie der Beamten gefährdet. Man will also die Buchprüfung und das Recht auf Einsicht der Bücher durch die Finanzbehörden unmöglich machen, obwohl die Buchprüfung ergeben hat, daß damit viele Dugend Millionen Mark an hinterzogener Steuer entdeckt worden sind.

So zeigen sich die Rechtsparteien auch hier als Schützer der großen Steuerdefraudanten. Jeder Schieber und Halunke, wenn er deutsch-national ist, genießt ihren Schutz. Deshalb sind diese Herrschaften bisher immer gegen die Offenlegung der Steuerlisten gewesen und werden es auch künftig sein. Die Sozialdemokratie aber zeigt durch ihr entschiedenes Auftreten gegen das Steuergeheimnis des Besitzes und für die ehrliche Steuerleistung, daß sie den Betrüger und Schiebern das Handwerk gründlich legen will.

## Der Spuß der Skandale.

Wie die Fabrikation arbeitet.

Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses im Landtag wächst nach und nach. Jedem Zeitungsläser über den Kopf und über den — Geschmack hinaus. Aus einem Ausschuss zur Feststellung der Kreditpolitik der Staatsbank ist langsam ein Ausschuss zur Ermittlung von vermeintlichen Sünden der Sozialdemokratie geworden. Von der Staatsbank redet kaum noch jemand, aber was im Jahre 1919 im Bureau des Reichspräsidenten vor sich ging, darüber muß sogar eine ehemalige Stenotypistin aus ihrem ostpreussischen Wohnsitz stüßeln werden, um zu bekunden, daß sie nichts weiß.

Wie methodisch und stark der Skandalapparat der Rechtspresse arbeitet, darüber läßt sich die „Germania“ mit wünschenswerter Deutlichkeit aus:

Es ist notwendig, endlich einmal von den Methoden zu sprechen, mit denen diese Rechtspresse „Affären macht“. Man kann daraus lernen, wie man mit Hilfe einer geschickten Kellame und eines großen Presseapparates die Volksmeinung ganz im erwünschten Sinne beeinflussen kann. Zu diesem Zwecke stellt man zunächst und vor allen Dingen „Beweis“-Anträge. Im Anfang der Ausschussuntersuchung hagelte es nur so von derartigen Anträgen der Rechten; heute ist man schon etwas zurückhaltender geworden. Aber aus der Sünden-Reihenliste dieser Anträge der Deutsch-nationalen stammen nach die Nummern 13 und 23, die am Sonnabend und am Montag den Gegenstand der Verhandlung bildeten. Man muß sie in ihrer ganzen Schönheit an sich vorüberziehen

lassen, um sie richtig zu begreifen, und ihre Wirkung, deren Ziel die Aufpeitschung ist, richtig zu erkennen. So wurde „Beweis“-Antrag gestellt darüber, ob sich Herr Severing dafür eingelassen habe, daß die Partieräume des Innenministeriums an den Barmat-Konzern vermietet wurden, und zwar ohne vorherige öffentliche Ausschreibung und unter scharfem Widerspruch des Herrn Finanzministers. Dieser Antrag hatte seit Wochen in der deutsch-nationalen Presse gelaufen und die brave deutsch-nationalen Leser waren selbstverständlich bei der absoluten Ehrenhaftigkeit ihrer Partei davon überzeugt, daß, wo so viel Rauch, auch Feuer sein müßte. Und was ergab die Verhandlungen? Nichts! Aber auch gar nichts! Es läste sich vielmehr alles in einer Pust auf, nur blieb als kleine Pflanzterle zum Schluss die Tatsache über, daß der Herr Finanzminister aus rein kaufmännischen Erwägungen noch für eine Vermietung der Räume war, als Herr Severing aus veraltungstechnischen Erwägungen heraus sich bereits aufs heftigste gegen die Vermietung dieser Räume an den Barmat-Konzern sträubte.

Noch häßlicher gestalteten sich die Dinge am gestrigen Montag. Große Spannung lag in der Luft. Die Zahl der Zuschauer drängte sich nur so und die geplogenen Abgeordneten konnten gar nicht genug Karten für den Zuschauerraum herbeischaffen. Grund dieser großen Spannung: Die Vorladung von Fräulein Margarete Endruat, die wiederum der Gegenstand eines der berühmten „Beweis“-Anträge war. Sie sollte nämlich als Zeugin darüber ausfragen, daß die amtlichen Telefongespräche Krügers mit Barmat und seine Empfehlungsschreiben mit Wägen und Wägen des Reichspräsidenten erfolgt seien, ferner darüber, daß bei den Beträgen über die Festgeschäfte mit Barmat Prozente für die Sozialdemokratische Partei ausbezahlt worden seien. So war es am 3. Februar beantragt worden und lief nun seit drei Wochen von der hauptsächlichsten Presse her durch alle Schmutzkanäle der Verleumdung und Herabsetzung in die Provinz, wo seinerseits der brave deutsch-nationale Leser des Morgens beim Kaffee selbstverständlich wieder einmal die Verdorbenheit des neuen Regimes und die Unwürdigkeit des Herrn Reichspräsidenten behaglich genoss.

Und was blieb übrig? Uebermühs nichts. Aber auch gar nichts! Alle diese „Beweis“-Anträge waren eben nicht zu beweisen, obwohl sich die Deutsch-nationalen die erdenkliche Mühe gaben, aus der Zeugin im Sinne der Anträge etwas herauszuholen. Die Dame mußte diesem Ausfragen gegenüber nur immer wieder feststellen, daß ihr vor allen diesen Dingen nichts bekannt sei. Die peinliche Verlegenheit der Antragsteller war allgemein und ein gewisses Schmunzeln über den stottern Heringsfall ging aus dem Zuschauerraum bis hinter in den Zuschauerraum, wo man sich der Komik, die ebenso unfreiwillig wie zwingend war, nicht ganz zu entziehen vermochte.

Das sind nur zwei Punkte aus dem wochenlang breitgetretenen Quark. Fast jeder Tag bringt eine neue Enttäuschung für die Rechtspresse und ihre Auftraggeber. Aber was sie an Auslagen vermissen müssen, das ersetzen sie durch Festdruck der Fragen. Schon dadurch wird der gewünschte Eindruck erzielt und wachgehalten.

Aber wenn die reaktionäre Verleumderlippe glaubt, mit ihrem Treiben auf die Dauer Geschäfte machen zu können, so befindet sie sich auf dem Holzwege. Die letzten Wahlen haben erst gezeigt, daß selbst die eigene Wählerchaft der Deutsch-nationalen sich voller Ekel abwendet von jeder politischen Betätigung. Die Reihen der Sozialdemokratie können durch Stinkbomben nicht gelichtet werden.

## Eine Erklärung Krassins.

Ein Dementi gegen Genossen Heilmann.

Wolfsbüro teilt mit: Der preussische Landtagsabgeordnete Heilmann hat in der Landtags Sitzung vom 20. Februar behauptet, daß Herr Krassin im Besitze eines Empfehlungsschreibens sei, in dem Herr Dr. Stresemann Herrn Kommerzienrat Sitwin zu Handelsgeschäften empfiehlt, und das Herr Krassin sich Zeugen gegenüber, die jederzeit erscheinen könnten, dahin geäußert habe, Herr Dr. Stresemann solle wenigstens dafür sorgen, daß Rußland nicht wucherische und betrügerische Geschäfte angeboten werden.

Demgegenüber hat Kommerzienrat Sitwin bereits erklärt, er habe niemals ein Empfehlungsschreiben von Dr. Stresemann erhalten und infolgedessen auch niemals ein solches erhalten. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat sich ferner durch den deutschen Botschafter in Moskau Grafen Brockdorff-Rausau, an

den zurzeit in Moskau befindlichen Herrn Krassin gewandt mit der Bitte, zu den Behauptungen des Herrn Heilmann Stellung zu nehmen.

Herr Krassin hat daraufhin am 23. Februar folgendes Schreiben an den deutschen Botschafter in Moskau gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Botschafter! Unter Bezug auf unsere heutige Unterredung beziehe ich mich, Ihnen ganz ergebenst mitzutheilen, daß ich nie von Herrn Dr. Stresemann weder eine mündliche noch schriftliche Empfehlung für Herrn Sitwin erhalten habe und daß damit die von dem sozialdemokratischen Abg. Heilmann mir in den Mund gelegte Behauptung betreffend den Kommerzienrat Sitwin und die damit in Zusammenhang stehende Verleumdung des Herrn Reichsministers Dr. Stresemann selbstverständlich niemals meinerseits getan worden ist. Ich bedauere auf das lebhafteste, daß mein Name in dieser Weise mißbraucht worden ist und bitte Sie, dem Herrn Reichsminister Dr. Stresemann auf dem schnellsten Wege eine entsprechende Mitteilung zukommen lassen zu wollen. In ausgezeichneter Hochachtung u. Krassin.“

## Luther bei der Presse.

Eine nichtsfagende Rede.

Der Reichsverband der deutschen Presse veranstaltete am Montagabend ein Bankett, zu dem außer den Vertretern der größeren deutschen Zeitungen auch die ausländische Presse und Vertreter der Regierungen eingeladen waren. Der Vorsitzende des Reichsverbandes wies in einer Begrüßungsansprache besonders auf die Notwendigkeit hin, für die Stellung der Presse in Deutschland bessere Grundlagen zu schaffen.

Ferner nahm der Reichsanwalt Dr. Luther das Wort. Er sollte, so nahm man an, eine politische Rede vor einem breiten Forum halten. Aber seine Ausführungen wurden nicht weniger als das. Sie bewegten sich in Allgemeinheiten und endeten in dem weisheitsvollen Satz, die „Regierungen und die Presse müßten dem Volke voranschreiten zum Gipfel“.

Das ist sehr schön gesagt. Und heute bemühen sich gewisse Blätter durch Beschimpfung des Reichsbanners und durch Verstärkung der Barmat-Hege den Gipfel zu erklimmen!

## Prüfung des Kontrollberichts.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Gutachten des Verfassers Militärkomitees zum Kontrollbericht wird nicht vor Ende dieser Woche fertiggestellt werden, denn das englische Komiteemitglied muß erst die Entscheidung seiner Regierung abwarten. Der Kontrollbericht wird also zurzeit vom britischen Generalstab geprüft, morgen, Mittwoch, wird sich das englische Kabinett damit befassen.

Die Alliiertenkonferenz soll nach dem 15. März in Brüssel zusammentreten. Die französische Regierung hat jedoch noch immer nicht dazu Stellung genommen; sie erörtert die Frage der Zugehörigkeit Deutschlands zu dieser Konferenz lebhaft mit der britischen Regierung. Man wird sich wohl auf das „Kompromiß“ einigen, daß Deutschland erst dann zugezogen werden soll, wenn eine Einigung zwischen den Alliierten erzielt ist und dann soll mit Deutschland lediglich auf die Art der Durchführung der Beschlüsse und nicht über die Beschlüsse selbst verhandelt werden. Die Frage der Veröffentlichung des Kontrollberichts scheint bisher auch noch nicht völlig geklärt zu sein. Meldungen englischer Blätter, wonach sich Frankreich der Veröffentlichung entgegensetze, soll, werden in Paris dementiert, das französische Auswärtige Amt sei nach wie vor der Ansicht, daß die — Ergebnisse der Generalinspektion der Deffinitivität bekanntgegeben werden sollen; bei dem Umfang des Berichts — 400 Seiten — soll nur ein Auszug als Blatt- oder Selbstbuch herausgegeben werden.

## Diäten in Nordamerika.

Washington, 24. Februar. (Eca.) Das mit 237 gegen 63 Stimmen angenommene Gesetz erhöht die Diäten der Parlamentsmitglieder von 7500 auf 10 000 Dollar jährlich. Sprecher, Vizepräsidenten und Minister erhalten 15 000 Dollar Diäten. Die jährlichen Mehrausgaben dafür betragen 1 882 000 Dollar. Falls Präsident Coolidge nicht Einspruch erhebt, tritt das Gesetz am 4. März in Kraft.

## Neue Festkultur.

Man hat in Norddeutschland niemals recht verstanden, Feste zu feiern. Entweder waren sie langweilig und ledern, oder sie wurden, wenn die edle Männlichkeit unter Alkohol gesetzt war, fröhlich und zotig. Der Proletarier, ob mit oder ohne Stechtragen, stand immer diesen Festen fern. Sie sagten ihm nichts und beugten ihm nicht, weil sie kunst- und kulturlos sind. Zu der Masse Mensch, die sich tumultuarisch benimmt und den Sinn des Ganzen nur darin sieht, möglichst viel Geld auszugeben, hat er keine Beziehung. Auf der anderen Seite hat aber gerade der Arbeitende und Schaffende ein Anrecht auf Heilighen und Pausen, angefüllt mit Festen. Das Weibliche „Saurer Wochen, heitere Feste“ gilt heute mehr denn je.

Wie soll man solche Feste feiern? Es gilt dabei, eine Menge Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen und Hemmungen, die eigentlich in jedem sind, zu beseitigen. Um über die Komposition solcher Feste Klarheit zu bekommen und gleichzeitig Richtlinien für ihre Gestaltung aufzustellen, hatte die Volkshöhle gestern Abend zu einer Versammlung nach dem Sophien-Theater in der Reimnisterstraße eingeladen. Es sprachen hier Künstler, Gewerkschaftler, Vertreter der Volkshöhle und Baumeister. Man konnte ein Hochademes anknüpfen und auf einem bereits gegebenen Fundament weiter zu bauen versuchen. Die Volksfeste, die in der Siedlung Falkenberg stattgefunden haben, sind so etwas wie ein Anfang und Auftakt der neuen Festkultur. Sie waren freilich lediglich auf Burleskes und Groteskes eingestellt. Man einigte sich gestern allgemein auf die Formel, daß die neuen Feste Gemeinschaftsfeste sein müssen, daß es notwendig ist, das Publikum zur Mitwirkung zu veranlassen. Man war der durchsichtigen Ansicht, daß es nicht weiter so gehalten werden dürfte: Die Bühne! Die Publitum!, und dazwischen ein dicker Trennungsrück. Von der Aktioisierung des Publikums kann man bereits mit einer vorbildlichen Probe aufwarten. Mitglieder der Volkshöhle, Arbeiter, Handwerker, kleine Beamte, haben in Löhnitz im Erzgebirge ganz aus Eigenem ein Naturtheater geschaffen, das ideal genannt werden darf. Die Volkshöhle kann sich nicht wieder gemachten in große Volksfeste auflösen, wie sie im Mittelalter haben haben und aus denen heraus unser Theater entstanden. Aber sie wird bei der neuen Festkultur und bei den Gemeinschaftsfesten totkräftig mitwirken.

Damit diese Gemeinschaftsfeste Ereignisse und Erlebnis werden, ist für sie auch ein eigenes Haus geschaffen worden. Stadtkaufmann und Laut, der Schöpfer des farbenreichen Magdeburg, hat die Seite der Sache in die Hand genommen. Er zeigte gestern ein Plan eines Volksfesthauses, das in Falkenberg Licht werden soll. Er knüpft weder an an das antike Theater der Griechen, noch an das Naturtheater, und er baut auch nicht die Festbühne, das Theater von heute, zu guten Stube des

Proletariats aus. Er zeigte, wie in seinem Entwurf die Bühne sich ganz zwanglos verbindet und fortzieht in die Zuschauermassen, die in dem Theater sitzen oder im Freien vor dem Theater lagern. Er hat gleichzeitig einen Saal vorgezeichnet, damit die Zuschauer vor den Unbilden der Witterung geschützt sind und damit auch im Winter gespielt werden kann.

Die Versammlung war außerordentlich stark besucht und vor allem war die Jugend vertreten, die die Trägerin der neuen Festkultur sein muß zusammen mit jener Jugend, die graues Haar und ewig junge Herzen hat. Man konnte und wollte gestern Abend nur annehmen. Man hatte den Rahmen der Redner mit Recht sehr weit gespannt. Man hätte aber auch auf die „Proletarischen Feiern“ Bezug nehmen müssen, die eine Aktioisierung der Massen bereits verwirklicht haben. Wer gestern mit dabei war, der ist mit der Ueberzeugung nach Hause gegangen, daß die neue Festkultur und die geplanten Gemeinschaftsfeste auf dem besten Wege sind.

Karl Fischer.

Die urheberrechtlich geschützten Hosen. Wer anders könnte wohl den Schick des Urheberrechtes für seine Hosen in Anspruch nehmen als Charlie Chaplin? Er tut es, und zwar sagte er die Gründe dafür vor dem Gerichtshof von Los Angeles eingehend auseinander, als er in einer Gerichtsverhandlung gegen den Filmproduzenten Charles Amador als Zeuge vernommen wurde. Nachdem er ausgesprochen hatte, daß die Erscheinung Amadors im Film keine eigenen ästhetischen Hosen und sein ganzes Kostüm. „Ich übernahm meinen Gang von einem Londoner Drochsenkäufer“, erklärte er, „aber nicht vollständig. Aus dem Geleiten des einen Fußes sah ich dem Künstler ab; das Modell aber lernte ich von einem alten Varietékameraden Fred Kitchin, der Plattfüße hatte.“ „Wie sind Sie zu Ihrem Hut gekommen?“ fragte der Anwalt der Gegenpartei, der nachweisen wollte, daß die Bekleidungsstücke Chaplins nicht Original seien. „Ich weiß es nicht, ich habe ihn mir eben aufgesetzt“, erwiderte Chaplin stolz. Als er wegen seiner berühmten Beinleider befragt wurde, sagte er mit schöner Einfachheit: „Niemals hat jemand vor mir solche Hosen getragen.“ Da er auf diese Weise Hosen, Hut und Gang als die Schöpfungen seiner eigenen Phantasie nachgewiesen hat, so verlangt er, daß sie auch rechtlich geschützt werden, wie irgend ein anderes Geisteswerk. Wenn aber Chaplin wirklich der große Künstler ist, als der er uns gekriegen wird, so wird keine Phantasie hoffentlich auch noch weitere „Geisteswerke“ erfinden.

Die Auffindung zweier vorgeschichtlicher Menschen. Die Moskauer Blätter berichten, haben zwei russische Prähistoriker Bonisch und Demolowski zwei menschliche Skelette entdeckt, die der Reandertal-Rasse angehören und vor etwa 50 000 Jahren lebten. Die auffallendsten Skelette wurden in einer Höhle, 50 Kilometer von Simseropol in der Krim entfernt, gefunden. Die beiden Prähistoriker, die eine systematische Durchforschung des ganzen Gebietes vornehmen, erklären, daß es sich zweifellos um eine Höhlenzucht vorgeschichtlicher Menschen handelt und daß die Skelette demselben Typus angehören, den man nach dem Funde von Neanderthal rekonstruiert hat. In der Höhle wurde auch eine Anzahl von Ste-

stein riesiger vorgeschichtlicher Tiere gefunden, sowohl von Mammuten wie auch von Höhlenbären und Höhlenhyänen. In derselben Höhle ließ man auf zahlreiche Feuersteinwerkzeuge. Es ist eine besondere Kommission von Gelehrten in Moskau ernannt worden, die diese überaus wichtigen Funde näher untersuchen und bergen sollen.

Neue Nachrichten über einen verflochtenen Volksstamm der Germanen. In der Heldengeschichte der Völkerwanderung spielt der germanische Stamm der Gepiden eine bedeutungsvolle Rolle. Der langobardische Geschichtsschreiber Paulus Diaconus hat die erbitterten Kämpfe der Longobarden mit den benachbarten Gepiden eindrucksvoll geschildert. Ihren dramatischen Höhepunkt bildet die Erzählung von der gepidischen Königstochter Rosmunda. Sie wurde vom Rädert ihres Vaters, dem Longobardenführer Alboin zur Heirat gezwungen und brachte ihren brutalen Mann schließlich um. Die Gepiden wurden von den Longobarden besiegt, von den Avarn völlig niedergeworfen. Seitdem waren sie wie manch anderer germanischer Stamm völlig verflochten. Nun hat ein Mitglied der ungarischen Akademie, der Bischof Dr. Karacsony, die überraschende Behauptung aufgestellt: Die Nachkommen der Gepiden im östlichen Siebenbürgen wieder erblüht zu haben. Dort wohnen seit alter Zeit die Szeller, ein Volksstamm, der hartnäckig an seinen Vorräten, aber auch an seinen alten Sitten und Gebräuchen Jahrhunderte hindurch festhielt. Nach der herkömmlichen Meinung waren sie Abstammlinge der Hunnen, andere glaubten, sie wären Nachkommen der Avarn. Karacsony hält die Szeller für die letzten Reste der alten Gepiden. Er führt zahlreiche Zeugnisse dafür an, daß die Gepiden nicht völlig ausgerieben wurden. Er stellt in Orts- und Personennamen des Szeller-Landes germanische Elemente fest; er leitet die griechischen Buchstaben in der Schrift der Szeller aus dem arischen Glauben der Gepiden her. Die alte Ueberlieferung von den Beziehungen der Szeller zu Atilia würde dorthin, wenn auch in anderer Weise als man bisher glaubte, bestätigt. Die Gepiden kämpften bis zu Atilias Tode mit den Hunnen. Den Untergang der gepidischen Sprache, der im 14. Jahrhundert vollendet war, erklärt Karacsony durch die Vermischung der kriegerischen Gepiden mit dem Bauernvolk der Magyaren.

Die Reinard-Bühnen gollern ab Freitag auf 10 Tage im Reiling-Theater mit Ebalpenras „Coriolan“. Regie: Erich Engel. Dekorationen und Kostüme von Reber. Der Coriolan spielt Jeth Roegner, die Volturnia — Agnes Straub.

Im Deutschen Opernhaus gollert Mittwoch Verfla Wolff von der letzten Volkoper als Lutzian in „Onhjin“. Dirigent: Franz Schenker. Dirigent: Heinrich Ruppinger von der Dresdener Staatsoper als Wai.

Die Goethe-Bühne hat eine neue Leitung bekommen. Dr. Rob. Bizl will einen Spielplan aufbauen, durch den die Bühne Existenzberechtigung erhält. Auf dem Wege dahin wird er inwischen unter Anknüpfung von Galtziolen „Konns Bama“, „Muck“ (Weißbrot), „Der Querschnitt“ (H. Behr) u. a. aufzuführen. Die erste neue Aufführung ist „Kareich“ mit Ferd. Bonn und Marie Kuchler am 25. Februar.

Der Verlag „Die Schmecke“ veranstaltet in der Buchabteilung des „Kaufhaus des Westens“ eine Sonderausstellung aller bei ihm erschienenen Werke.

Lebenslängliche Rente für zwei polnische Dichter. Auf Antrag des Senats des Reichsparlaments hat die polnische Regierung den Dichtern Raskin Temajer und Josef Weydenhoff eine lebenslängliche Rente von 400 Zlot monatlich bewilligt.

# Zusammenstoß im Tscheka-Prozess.

## Erregte Szenen im Gerichtssaal.

BS. Leipzig, 24. Februar.

Der heutige Verhandlungstag begann nach einigen unwesentlichen Fragen an den Angeklagten Szon mit einem scharfen Zusammenstoß zwischen den kommunistischen Verteidigern und dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Riedner.

R.-A. Dr. Samter, der bekanntlich schon im Königsberger Kommunistenprozess mit Dr. Riedner in einen schweren Konflikt geraten war, versuchte durch Befragen des Angeklagten Szon, die Erörterung erneut auf das Thema der Geständnis- und Verurteilung durch Zwang und Drohung zu bringen, obgleich der Gerichtshof bereits in der gestrigen Verhandlung mehrmals ein Eingehen auf diese Frage in Abweisung der betreffenden Stuttgarter Polizeibeamten und der Untersuchungsrichter abgelehnt hatte. Als Dr. Samter trotz dieses Hinweises des Vorsitzenden weitere Fragen in dieser Richtung zu stellen suchte,

entzog ihm der Vorsitzende das Wort.

Trotzdem sprach R.-A. Dr. Samter weiter und erklärte schließendlich sehr erregt, daß er in dieser Angelegenheit des Präsidenten eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung erblicke und einen Gerichtsbeschluss verlange.

Entsprechend den Vorschriften erteilte der Vorsitzende dann dem Rechtsanwalt Neumann zu diesem Verlangen des Verteidigers das Wort. Der Rechtsanwalt betonte, daß nach dem Standpunkt der Anklagevertretung die Wortentziehung seitens des Vorsitzenden gegenüber einem Verteidiger eine durchaus zulässige Maßnahme darstelle.

Als R.-A. Dr. Samter daraufhin erneut das Wort ergreifen wollte, erklärte Dr. Riedner abermals scharf: „Herr Dr. Samter, ich entziehe Ihnen das Wort.“

Dr. Samter (sehr erregt): „Ich will mich zu der Ausführung des Rechtsanwalts äußern.“

Vors. Dr. Riedner (noch scharfer): „Ich habe bereits gesagt, daß ich Ihnen das Wort entziehe.“

Dr. Samter (fast schreiend): „Ich erkläre, daß das eine geschwindige Maßnahme ist. Ich habe das Recht, mich zu den Ausführungen des Rechtsanwalts sichtlich zu äußern.“

R.-A. Dr. Woll: Die Verteidigung bittet um eine Unterbrechung der Sitzung, zwecks Herbeiführung einer Beratung unter den Verteidigern.

Vors.: Ich lehne eine solche Beratung ab.

Dr. Woll: Dann wird die Verteidigung auch ohne die Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden sich zu einer Beratung zurückziehen.

Mit diesen Worten erhob sich Dr. Woll und verließ in Begleitung der Rechtsanwälte Dr. Samter, Dr. Herzfeld und Justizrat Fränkl den Saal, während die übrigen nichtkommunistischen Anwälte auf ihren Plätzen verblieben.

Senatspräsident Dr. Riedner wartete einen Augenblick, bis sich dieser Erodus der kommunistischen Verteidiger vollzogen hatte und erklärte dann, daß er sich veranlaßt sehe,

die Sitzung für eine Viertelstunde zu unterbrechen.

Als nach einer Viertelstunde die Sitzung wieder eröffnet wurde, fehlten außer den kommunistischen Verteidigern auch noch einige der übrigen Anwälte.

Vors.: Ich habe den Verteidigern, die den Saal verlassen haben, mitteilen lassen, der Gerichtshof erwarte, daß sie sofort zurückkehren. Mithin ist die Verhandlung fortzuführen. Es vergingen noch einige Minuten, nach deren Ablauf zunächst die nichtkommunistischen Verteidiger erschienen.

Vors.: Die von mir gestellte Dreiminutenfrist ist verstrichen. Ich stelle fest.

R.-A. Dr. Rosenfeld unterbrach: Im Interesse aller Angeklagten bitte ich, diese Frist doch nicht so genau einzuhalten.

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür des Gerichtssaals und auch die kommunistischen Verteidiger erschienen wieder, worauf sofort Justizrat Fränkl um das Wort bat, um eine Erklärung der Verteidiger abgeben zu dürfen.

Vors.: Ich erteile Ihnen das Wort nur, wenn es sich um eine Erklärung zur Sache handelt. Wenn es sich darum handelt, hier die Verhandlungsleitung des Vorsitzenden zu kritisieren, dann entziehe ich Ihnen sofort das Wort.

Justizrat Dr. Fränkl: Es handelt sich um die

Vertretung einer schriftlich niedergelegten Erklärung.

Vors.: Ich erkläre nochmals, daß ich eine Erklärung ablehne, wenn sie eine Kritik des Vorsitzenden oder des Gerichtshofes enthält.

Justizrat Dr. Fränkl: Dann beantrage ich, mir das Wort zu erteilen und bitte um Gerichtsbeschluss darüber.

Vors.: Was soll denn in der Erklärung stehen?

Justizrat Dr. Fränkl: Das kann ich nicht vorher erklären, da Sie mir ja erst mitteilen drin das Wort entziehen würden.

Rechtsanwalt Neumann: Abgesehen von den Schlussfolgerungen haben die Prozessbeteiligten kein Recht auf die Abgabe von Erklärungen.

Justizrat Dr. Fränkl: Die Erklärung der Verteidigung dient der Aufrechterhaltung der Würde der Anwaltschaft.

Rechtsanwalt Neumann: Die Aufrechterhaltung der Würde der Anwaltschaft ist nicht Aufgabe dieses Verfahrens, sondern Sache der beruflichen Instanz.

Justizrat Dr. Fränkl: Man kann auch Erklärungen abgeben, wenn man dazu gezwungen wird. Die Vertretung der Würde der Anwaltschaft ist auch nicht Aufgabe dieses Prozesses.

R.-A. Dr. Woll: Die Verteidigung hat das Recht, in jeder Phase des Prozesses Anträge zu stellen und Erklärungen abzugeben. Ich bitte um Gerichtsbeschluss.

Nach kurzer Beratung erging dieser Beschluss dahin, daß es sich bei der vorliegenden Erklärung nicht um eine Erklärung zur Sache handle, sondern um eine Kritik der Verhandlungsleitung.

Infolgedessen habe das Gericht beschlossen, die Abgabe dieser Erklärung abzulehnen.

Justizrat Dr. Fränkl: Ich bitte um Protokollierung dieses Beschlusses. Der Vorsitzende hat hier in ganz fetsamer Weise

Vors. (unterbrechend): Das ist wieder eine Kritik des Vorsitzenden. Ich entziehe Ihnen das Wort.

Justizrat Dr. Fränkl: Der Vorsitzende ist doch auch nur ein Mensch.

Vors.: Ich verbitte mir, daß Sie meine Handlungsweise fetsam finden.

Dr. Fränkl: Das habe ich auch gar nicht gesagt.

Beisitzer Major Ernst (sehr erregt): Das haben Sie doch gesagt.

Justizrat Fränkl: Ich verbitte mir, daß hier ein Beiliger das Wort ergreift, ohne darum gebeten zu haben.

Vors.: Ich entziehe Ihnen das Wort.

Justizrat Dr. Fränkl: Dann bitte ich um einen Gerichtsbeschluss.

Senatspräsident Dr. Riedner (nach rechts und links die Beisitzer fragend): Die Herren sind damit einverstanden?

Erregte Rufe von den Verteidigerbänken: Das ist doch kein Gerichtsbeschluss.

R.-A. Dr. Samter erregt vor den Richtertisch tretend, mit erhobener Faust: Sie wollen der Wahrheit den Mund verschließen.

Vors. (sehr scharf): Wenn Sie noch einmal eine derartige Bemerkung machen, dann werde ich Maßnahmen ergreifen, die ich in der Notwehr Ihnen gegenüber für geboten erachte.

Dr. Samter: Die Notwehr ist auf unserer Seite.

Als hierauf der Vorsitzende erstickt, er werde in der Verhandlung fortzuführen, beantragte R.-A. Dr. Woll namens der von der kommunistischen Verteidigung vertretenen Angeklagten, daß zunächst jeder Angeklagte befragt würde, wie die Protokolle

äußerlich zustande gekommen seien, mithin falls die Angeklagten jede Einlassung zur Sache verweigern würden.

Ein erneuter Gerichtsbeschluss hierzu lehnte diesen Antrag der Verteidigung ebenfalls ab.

Daraufhin beantragte R.-A. von Bagnato die Protokollierung des vorher erwähnten Vorganges, nämlich, daß der Vorsitzende versucht habe, lediglich durch Umtrage am Richtertisch einen Gerichtsbeschluss herbeizuführen. Ein erneuter Gerichtsbeschluss hierzu wies diesen Antrag zurück. Es habe sich nicht um einen Gerichtsbeschluss gehandelt, sondern um die Konstatierung einer Tatsache.

Diese Begründung des Gerichtsbeschlusses wurde von Justizrat Dr. Fränkl daraufhin als nicht den Tatsachen entsprechend hingestellt.

Auf Verlangen von R.-A. Dr. Woll wurde hierauf der ganze Vorgang protokolliert.

Nachdem das Protokoll zustande gekommen war, erhob sich R.-A. Dr. Samter zu einer Erklärung: Ich beantrage die Protokollierung folgender Erklärung: Hieraus verlas er die Erklärung der Verteidigung, deren Abgabe der Vorsitzende vorher abgelehnt hatte. Er ließ sich in der Verlesung auch nicht durch die fortgesetzten erregten Zurufe des Vorsitzenden „Ich entziehe Ihnen das Wort“ stören und übergab die Erklärung schließlich dem Gerichtsschreiber. Noch bevor er geendet hatte,

erhob sich der Gerichtshof und verließ den Sitzungssaal.

Nach einigen Minuten kehrte der Gerichtshof zurück und Dr. Riedner erklärte: Rechtsanwalt Dr. Samter hat trotz meines Verbotes hier eine Erklärung verlesen und sie dem Gerichtsschreiber überreicht. Ich ersuche dem Herrn Protokollführer, ihm das Schriftstück zurückzugeben.

R.-A. Dr. Samter: Ich verweigere die Annahme.

Vors.: Ich entziehe Ihnen noch einmal das Wort.

Inzwischen hatte der Protokollführer das Schriftstück auf den Verteidigerisch niedergelegt. Der Samter nahm es und legte es wieder auf den Platz des Protokollführers zurück.

Dr. Riedner sehr erregt:

Herr Rechtsanwalt Dr. Samter, kraft meines Hausrechts fordere ich Sie auf, den Saal zu verlassen. (Große Bewegung im ganzen Saal.)

R.-A. Dr. Samter: Ich weigere mich pflichtgemäß im Hinblick auf die Interessen meiner Klienten, den Saal zu verlassen.

Vors.: Ich bitte den Herrn Rechtsanwalt, sich zu äußern.

Rechtsanwalt Neumann: Nachdem der Herr Verteidiger versucht hat, auf einem Hinterwege die Erklärung einzuführen und nachdem er das Schriftstück noch ein zweites Mal trotz des Verbots des Herrn Vorsitzenden dem Protokollführer übergeben hat, hat er die Befugnis seine Verrichtungen hier wahrzunehmen, verwirkt und es steht dem Präsidenten kraft seines Hausrechts zu, den Verteidiger zum Verlassen des Saales aufzufordern.

Vors.: Zum letzten Male, Herr Rechtsanwalt Samter, fordere ich Sie auf, den Saal zu verlassen.

R.-A. Brandt (sehr erregt): Ich bitte um das Wort zu einem Antrag.

Vors.: Ich entziehe Ihnen das Wort. Herr Rechtsanwalt Dr. Samter, kraft meines Amtes als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes fordere ich Sie auf, den Saal zu verlassen.

Dr. Samter: Ich weigere mich, den Saal zu verlassen.

Vors.: Ich ersuche zwei Polizeibeamte, den Rechtsanwalt Dr. Samter aus dem Saal zu führen.

Bei den Worten des Präsidenten erhob sich eine ungeheure Erregung, die Verteidiger und die Angeklagten sprangen von ihren Plätzen und als zwei Bandenpolizeibeamten auf Dr. Samter zutraten, stießen stürmische Zwischenrufe, wie „wir sind doch hier in keiner Kaserne“, „soll er vielleicht in Haft abgeführt werden“, „unerhört“ usw. usw.

Rechtsanwalt Dr. Samter wurde von den beiden Beamten in die Mitte genommen und aus dem Saal geführt, worauf Dr. Woll erklärte, daß sich die Verteidigung sofort an den Reichsjustizminister wenden werde. In allgemeiner Aufregung wurde daraufhin die Sitzung von neuem auf einige Zeit unterbrochen.

Während die Angeklagten aus dem Saal geführt wurden, wandte sich Dr. Woll, der sich bereits am Ausgang befand, noch einmal um und rief den Angeklagten zu:

Sie verweigern bei Fortsetzung der Verhandlung jede Aussage, falls nicht Ihre Wahlverteidiger zurückkehren sollten und Offizialverteidiger gestellt werden. Sie geben unter keinen Umständen irgendeine Erklärung ab.

Im übrigen wird zu dem Verhalten Dr. Samters noch erklärt, daß dieser die Erklärung verlesen hat ohne Genehmigung und ohne Wissen der unterzeichneten Mitverteidiger. Die Erklärung, die in der vorhergehenden Verteidigeransprache formuliert worden war, erblühte in dem Verhalten des Vorsitzenden eine Beschränkung der Verteidigung und eine Verletzung der Würde der Anwaltschaft.

Während der Pause traten die Verteidiger zu einer Konferenz zusammen, um zu der Ausweisung Dr. Samters aus dem Saal Stellung zu nehmen, während auf der anderen Seite der Gerichtshof und die Rechtsanwaltschaft gemeinsam die Möglichkeiten erörterten, die sich bei einer Amtsenthebung der Verteidigung ergeben könnten.

Als nach etwa 20 Minuten der Gerichtshof wieder im Saal erschienen war, war zunächst keiner der Verteidiger anwesend.

Vors. (zum Gerichtsdienste): Sagen Sie den Herren Anwälten, daß in der Verhandlung fortgefahren wird; darauf erschien der Offizialverteidiger Neumann, Dr. Goldstein, und teilte dem Vorsitzenden in einer kurzen Unterredung mit, daß die Verteidigung noch berate.

Der Vorsitzende ließ daraufhin um 12 Uhr die Mittagspause bis 2 Uhr nachmittags eintreten.

## Mandatniederlegung der Verteidiger.

Leipzig, 24. Februar. (BS.) Wie wir erfahren, beabsichtigen die im Tscheka-Prozess tätigen Verteidiger, mit Ausnahme der Offizialverteidiger, als Protest gegen die zwangsweise Entfremdung des Rechtsanwalts Dr. Samter aus der heutigen Verhandlung ihre Mandate niederzulegen und gleichzeitig mit den zuständigen Behörden wegen dieses Vorfalls Fühlung zu nehmen. Die Verteidigung wird zu diesem Zweck die Aussetzung der Verhandlung auf ein bis zwei Tage beantragen, beabsichtigt jedoch, nicht eher wieder an der Verhandlung teilzunehmen, bis seitens des Präsidenten Dr. Riedner die Ausweisung Dr. Samters zurückgenommen ist. Es muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß für die Verteidiger die ihr Mandat niederlegen, vom Staatsgerichtshof Offizialverteidiger gestellt werden. Die Entscheidung über die weitere Durchführung des Prozesses wird in der heutigen Nachmittagsitzung fallen.

Ein Stahlhelmann erlödet. Täter unbekannt. Bäckermeister Otto Zimmer, Mitglied des Stahlhelms, wurde vor einem Gasthause an einsamer Stelle von drei Mann überfallen und durch Stich tödlich verletzt. Er ist im hiesigen Krankenhaus gestorben.

## Berliner Leben.

Ist da wirklich ein Fest in Alt-Berlin. Sonst liegen die Gäßchen abends still da, leises Raunen tönt hinter den schmalen Fenstern hervor, keine Aufregung, keine Fülle von Licht, keine Autoraferei, kein Bläserlärren und rauschende Musik.

Ich wollte aus dem Hause gehen, um meinen gewohnten Spaziergang zu machen, der mich durch Gassen und Winkel zur Spree führt, die ernst und selbstbewußt die vielen Laternen trägt, in denen die Leute jetzt sitzen und Kartospielen essen. Da höre ich drüben aus der Kneipe lebhaft Stimmen, Jureden, Verneinen, Nachgeben. „Ru mach doch man schön, Karle, stell dir uff'n Damm und spiel en. Die Frieda ihr Bräutjam hat Geburtstag, und denn kommt er doch auch runter und spendiert wat.“ Ich wußte, Karle ist der Veierkatermann, der täglich von Hof zu Hof zieht und immer dieselben Schläger spielt. Abends sitzt er dann bei Laub'n in der Kneipe und erzählt seine Erlebnisse. Ich blieb stehen und harrete der Dinge, die da kommen sollten. Karle ließ sich beeinflussen, schob seine Drehorgel auf den Damm und spielte. Hei, kam da Leben in die Gasse. Fenster flogen auf, man piff und lang mit, die Kinder kamen auf die Straße und tanzten, und Friedas Bräutjam merkte bald, daß es ihm galt. Man gratulierte, rief „hoch“ und vergaß, daß man sich noch nachmittags aufgeregt hatte, daß er abends immer so lange bei die Frieda is. Karle spielte und spielte, und junge Burshen fanden sich ein und suchten ihre Mädchen. Das war ein Fest und ein Jubel, und man vergaß beinahe den Dreilohn und die Marjarinestullen darüber. Aber — das Auge des Geistes wacht. Es schlug 10 Uhr, und indem die Uhr noch ihr Lied pflichtgemäß sang, kamen zwei Uniformen mit langen Schritten daher, teilten die lustige Menge und sprachen heftig auf Karle ein. Der spielte ruhig seinen Schläger zu Ende. „Hören Sie auf, sonst müssen wir Sie mit zur Wache nehmen, und Sie gehen hier auseinander, keinen Auslauf machen.“

„Warum soll denn der uff'n, uns stört der nicht, wir wollen auch mal Musik haben. Wir spielen Nachtlokal uff die Straße, lassen Se uns man der Bujnien.“ Es half nichts, alle wurde auseinandergetrieben, Karle mußte aufhören. „Wissen Se, ich bin vohairat und habe oier Jör'n, mir mohn' da drin in der Haus da drüben, und glob'n Se man nicht, der det die Kinder stört, denn wolle'n se wenigstens die Sorgen der Lebens, und denn is hier heute Geburts-tag.“ So sprach und sprach er und ging nicht vom Fleck. Da kamen Frieda und ihr Bräutjam und erlösten die Leute. Die allernächsten Bekannten gingen in die Kneipe, Karle wurde mit hineingeschoben, draußen verkrümelten sich die Menschen, die Fenster schlossen sich langsam, und die Uniformen durften sich entfernen.

Das Gäßchen lag wieder ruhig da, nur noch von einem leisen Hauch des Genusses und der Freude durchweht. Jergendwo laute jemand: „Aber sauber is der Junge, wat, der Karle!“

## Festnahme eines Räuberhauptmannes.

### Aufklärung der Ueberfälle in Tempelhof.

Die Kriminalpolizei hat gestern Abend den letzten der Räuber von Hebramand, den 30 Jahre alten Schlosser Karl Peters, in einem Haussturz in Reutlitz überraschend festgenommen. Nunmehr stellte es sich heraus, daß man in Peters den Führer der Banden gefaßt hat, die die Ueberfälle in Tempelhof verübt haben. Peters wurde unter sicherer Bedeckung nach beiden Stellen hingeführt und den Ueberfallenen gegenüber gestellt. Im weiteren Verlauf der Untersuchung ergab es sich, daß der Unmensch tatsächlich, wie bereits mitgeteilt wurde, für eine „große Sache“ in Borsigwalde einen wahrhaft teuflischen Plan erfinden hatte.

Zunächst wurde Peters zu dem Beamten-Mischgattensverein in der Germaniastraße geführt, wo er von allen fünf Personen, die bei dem Ueberfall am 15. Januar in dem Räume anwesend waren, bestimmt wiedererkannt wurde. Er hatte damals als Kasse das obere Stück eines Damenkrumpfes getragen, das von der Kriminalpolizei jetzt bei ihm in der Tasche gefunden worden war. Sogar in dieser Tasche als auch ohne sie und auch an seiner Stimme wurde er von allen fünf Beteiligten als der Mann erkannt, der mit einer Pistole in der Hand an der Tür gestanden und den Ueberfall überwacht hatte. Von der Germaniastraße, im Auto mit dem Verbrecher nach der Konsumgenossenschaft in der Entschloß der Siedlung Lindenhof, wo am 28. Januar die Kasse des Zweiggeschäftes und die Handtasche einer Kundin geraubt wurden. Auch hier befanden sich drei Zeugen mit aller Bestimmtheit, daß Peters wieder mit der Pistole in der Hand an der Tür gestanden habe während seine beiden Genossen die Kasse raubten. Die geraubte Kundin, ein junger Mann und ein junges Mädchen erkannten Peters bestimmt wieder. Peters leugnet trotz der bestimmten Befundungen aller Zeugen jede Teilnahme an den beiden Raubüberfällen. Dagegen gibt er zu, daß in der nächsten Zeit „verschiedene große Sachen fallen sollten“, besonders in einer Fabrik in Borsigwalde. Hierbei sollten u. a. auch die beiden Handgranaten benutzt werden, die die Kriminalbeamten bei seiner Verhaftung in seiner Tasche fanden. Man wollte bei diesem Ueberfall die Anwesenden zusammenschießen. An dem Strich zwischen diesen dieser Leute und an der Tür links sollte die eine Handgranate, die Peters zu diesem Zwecke bereits mit Schürzen versehen hatte, so festgebunden werden, daß sie explodieren mußte, wenn die Leute sich rührten, um die Tür zu öffnen und zu entfliehen.

## Neues zu den Archidiebstählen.

Die Münchener Kriminalpolizei hat soeben in der früheren Wohnung, die der kürzlich wegen Archidiebstahls verhaftete Privatgelehrte Dr. Haus und von Hohenlocher in München innegehabt hat, eine Menge Geschäftsunterlagen, die Dr. Haus zurückgelassen hatte, mehrere große Pakete beschlagnahmt, und sandte sie nach Berlin. Es handelt sich hier nicht um Urkunden und dergleichen, sondern nur um Briefe geschäftlichen Inhaltes. Sie zeigen, daß Dr. Haus und von Hohenlocher schon im Jahre 1905 mit österreichischen, französischen und englischen Geschäftleuten in Verbindung standen, und daß sie ihnen gewisse Sachen auch auf Bestellung lieferten. Die beiden Verhafteten behaupten, daß sie alles das von Produzentenhändlern erworben hätten. Die Sachen seien zum Einstampfen bestimmt gewesen, und sie hätten in tagelanger Arbeit das Material der Produzentenhändler nach verwertbaren Urkunden usw. durchsucht. Bohrscheinlicher aber ist, daß Dr. Haus das, was bei ihm bestellt wurde, auf Grund dieser Bestellung erst aus den Archiven entwendete. Es ist jetzt festgestellt, daß Dr. Haus bis zum Tode seines Vaters im Jahre 1905 flott gelebt hat. Seitdem ist es mit seinen Mitteln wohl schlechter bestellt gewesen, und nun hat er durch Bertouf gestohlener Sachen seiner Kasse aufgeholfen.

## Verbesserungen für Monatskarteneinhaber.

Die Direktion der Berliner Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H. mitteilt, gelten Monatskarten für die Folge zwischen den nachbezeichneten Verkehrspunkten wahlweise auf beiden daneben vermerkten Strecken: 1. Zwischen Potsdamer Str., Ede Lühmstr. und Potsdamer Platz sowohl über Potsdamer Straße als auch über Bülowstraße, Flottwellstraße, Schönberger Ufer, Köthener Straße; 2. zwischen Anhalter Bahnhof und Schönberger Ufer, Ede Köthener Straße sowohl über Schönberger Straße, Schönberger Ufer, als auch über Königgräber Straße, Köthener Straße; 3. zwischen Karlsruher und Invaliden, Ede Chausseestraße sowohl über Karlsruher, Friedrichstraße und Chausseestraße, als auch über Rulienstraße, Invalidenstraße; 4. zwischen Kantstraße,

**Ede Wilmsdorfer Straße und Kanistraße.** Amtsgericht sowohl über Kanistraße als auch über Wilmsdorfer Straße, Stuttgarter Platz, Leonhardtstraße, Amtsgerichtsplatz; 8. zwischen Kriminalgericht und Turm. — Ede Stromstraße (Kl. Tiergarten) sowohl über Mühlentorstraße, Stromstraße, als auch über Rathenower Straße, Turmstraße. — Die Einlieferungsblätter in den Monatsarten werden bei Neubrud geändert.

Monatsarten berechnen außerdem für die Folge allgemein zur Benutzung der Einlieferungsblätter der besetzten Linie, auch wenn diese Einlieferungsblätter auf anderen als den jahresplanmäßigen Strecken der Stammlinie verkehren.

**Einbruch bei dem Reichstagsabgeordneten Rosenfeld.**

In der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, Hofmeister Nr. 20, der zur Zeit als Verteidiger im Ischeta-Prozess tätig ist, wurde in der letzten Nacht ein Einbruch verübt. Die Diebe, die die Verbindungstüren nach den Schlafzimmern der Familie abgeschlossen hatten, um ungestört arbeiten zu können, versuchten vergeblich, einen im Schreibtisch befindlichen brieflichen Tresor zu erschließen. Infolgedessen zertrümmerten sie den ganzen Schreibtisch und nahmen das Stahlfach mit, ebenso wertvolle Einrichtungsgegenstände. Von den Tätern fehlt vorläufig noch jede Spur.

**Abermals ein Opfer der Glätte.**

Der 57 Jahre alte Roter Friß Schmiedle aus der Halgen-dorffstraße 20 in Charlottenburg stirbt nachmittags vor dem Hause Suarezstraße 57 auf dem glatten Bürgersteig aus und kam zu Fall. Da er sich nicht wieder erheben konnte, schaffte man ihn zur nächsten Rettungsstelle, wo der Arzt eine Zerschneidung des linken Fußknöchels, also eine sehr schwere, schmerzhaft und schwer heilende Verletzung, feststellte und ihm die erste Hilfe leistete. Wenn, was man auch wieder in den Vororten feststellen kann, Hausbesitzer nicht dazu zu bewegen sind, in solchen Fällen sofort ihre Pflicht zu tun und zu streuen, denn hat die Polizei die Pflicht, sofort rückwärts vorzugehen. Es darf nicht verschwiegen werden, daß die Polizei in den Jahren nach dem Krieg die Hausbesitzer in dieser Hinsicht immer sehr rückwärts behandelt hat.

**Dolmetscher auf Berliner Bahnhöfen.** Das Mitteleuropäische Reisebüro (MWR) hat jetzt die bereits seit längerer Zeit in Aussicht genommene Aufstellung von Dolmetschern auf dem Bahnhof Friedrichstraße, auf dem Anhalter Bahnhof sowie auf dem Schlesischen Bahnhof für die Züge des internationalen Verkehrs durchgeführt. Die Dolmetscher sind uniformiert und erteilen allen anreisenden und abreisenden Reisenden unentgeltlich jede gewünschte Auskunft.

**Die Bermudafahrt des „Los Angeles“.**  
Glänzender Verlauf.

Das Zeppelin-Luftschiff „Los Angeles“ hat seine Reise nach den Bermudasinseln beendet. Die amerikanische Presse und Sachverständigen sind mit dem Ergebnis des Fluges sehr zufrieden, trotzdem das Schiff den ganzen Flug ohne Landung machen konnte. Der Flug habe bewiesen, daß es bei jedem Wetter fliegen könne. Das Luftschiff landete glücklich 11 Uhr abends in der Halle von Wakehurst, nachdem es eine Stunde über dem Flugplatz gekreuzt hatte. Kurz vor der Sichtung des Luftschiffes traf sich Radiobotschaft vom Schiff ein, die nach dem Weg fragte, da schlechtes Wetter die Ortung schwierig machte.

Admiral Moffet machte nach seiner Rückkehr nach Washington längere Ausführungen über die Fahrt des Zeppelins nach den Bermudasinseln. Die glänzende Verwendbarkeit des Luftschiffstyps für Handelszwecke sei erwiesen. Eine Landung sei wegen niederschlagenden Regens nicht vorgenommen worden, aber auch nicht nötig gewesen. Das Luftschiff sei durchschnittlich in einer Höhe von 2500 Fuß (etwa 750 Meter) geflogen, auf den Inseln aber auf 600 Fuß (etwa 150 Meter) heruntergegangen. Auf der Reise sei ein vom Kommandanten Pierce stehender neuer Sergeant benutzt worden, der jetzt allgemein bei Luftschiffen verwendet werden soll. Der Tag sei nicht mehr fern, wo Luftschiffe regelmäßig zwischen den Kontinenten verkehren würden. Mitte nächster Woche, wahrscheinlich am Mittwoch, werde „Los Angeles“ eine neue Reise nach den Bermudasinseln antreten. Man hoffe dann die Strecke in 20 Stunden zurückzulegen. Im März werde das Schiff einen Probeflug nach San Juan de Portorico und wahrscheinlich auch nach Panama antreten. Vor Ende des kommenden Sommers aber solle das Schiff nach England fliegen, wobei es ungefähr die Route Dr. Ede-neis benutzen würde.

**Die Gefahr einer Verhandlung der Sächsischen Schweiz scheint zu drohen.** Dem Verbandsein Sächsischer Heimatschutz in Dresden soll mitgeteilt worden sein, daß im Herzen der „Sächsischen Schweiz“ Reklamen beabsichtigt werden. Sie sollen von den Hauptausgangspunkten von den Flügen und von den Eisenbahnen aus gesehen werden können. Hoffentlich wird dieser Absicht, eine der schönsten Landschaften Deutschlands zu verderben und zu verhandeln, ein Riegel vorgeschoben.

**Die ungenutzbare Funkverbindung mit Niederländisch-Indien.** Die Jochens, zunächst versuchsweise, eröffnet wurde, ist für den deutschen Handel von großer Bedeutung. Sie ist ein weiterer deutscher Punktweg nach dem fernem Osten. Sie dient zurzeit jedoch nur für Telegramme, die nach Niederländisch-Indien selbst bestimmt sind. Die Gebühr beträgt 3,40 Mk. pro Wort für gewöhnliche und die dreifache Gebühr für dringende Telegramme. Die Telegramme müssen mit dem Leitwort: „via Transarabian-Dava“ versehen sein.

**Gewerkschaftsbewegung**

**Protest der Kammereiarbeiter.**  
Kündigung des Lohnabkommens.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Kammereiarbeiter der Stadt Berlin nahm gestern Abend Stellung zu den Tarifverhältnissen, wie sie nach der Ablehnung des 6. Bezirks-manteltarifvertrages durch die Stadtverordnetenversammlung eingetreten sind. Im März vergangenen Jahres schloß der Magistrat mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einen (5.) Bezirksmanteltarif, der nach Ansicht des Magistrats durch den am 21. Juli 1924 gegen den Willen der Arbeiter vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Reichsmanteltarif ersetzt werden sollte. Der Reichstarif enthält aber so starke Verschlechterungen für die Arbeiter, daß die Stadtverordneten die Anwendung dieses Tarifes für Berlin ablehnten. Trotzdem ging der Magistrat darauf aus, den zu Recht bestehenden Bezirks-tarif nach den verschlechterten Bedingungen des Reichstarifs abzuändern. Der Verband der Gemeindefürsorge erhebt gegen eine solche Verletzung geltender Bezirksstarife scharfsten Protest, weil durch die Maßnahmen des Magistrats geltendes Tarifrecht, abgeschlossen zwischen durchaus tariffähigen Parteien, einseitig beseitigt wird. Der Reichstarif stellt kein starres Normativrecht dar; das beweisen die Bezirksstarife anderer deutscher Bezirke, die auch unter dem Reichstarif stehend, dessen verschlechterte Bestimmungen trotzdem abändern.

Genosse Lagodzinski ging in seinem Referat mit dem Verhalten des Magistrats scharf ins Gericht. Er forderte, daß die Unterhändler des Verbandes bei den Abnahmeverhandlungen wegen des neuen Reichsmanteltarifes sich durch das Auftreten der Reichsarbeitsgebervertreter nicht provozieren lassen sollen, daß aber auch alle geplanten Verschlechterungen energisch abgewehrt werden müssen. Der künftige Reichstarif muß das starre System aufheben. Berlin muß als führendes deutsches Stadtweien im Tarifweien seiner Arbeiter im guten Sinne führend vorangehen.

Schutz kritisierte im Anschluß an das Referat namens des Hauptvorstandes die Maßnahmen des Berliner Magistrats. Er bezeichnete das Auftreten der Vertreter des Reichsarbeitsgeberverbandes der Stadtverordneten als im Einklang stehend mit den Richtlinien des Gesamtarbeitsgeberverbandes deutscher Industrieller. Die Versammlung nahm ohne Ausprache eine Protestkundgebung einstimmig an, in der es heißt:

Die Versammlung der Kammerei- und Regierarbeiter erhebt allerhöchsten Protest gegen diese einseitigen Maßnahmen des Magistrats, die der grundsätzlichen Auffassung der Stadtverordnetenversammlung Hohn sprechen. Die Versammlung richtet an die Stadtverordneten das dringende Ersuchen, dafür eintreten zu wollen, daß

1. dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Januar 1925 Rechnung getragen wird und
2. der Magistrat erneut beauftragt wird, durch seine Vertreter bei den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichsmanteltarifvertrages mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung bezüglich der sozialen Rechte der Arbeiter im Reichsmanteltarifvertrag verankert werden.

Die Versammlung fordert von Reichstarkommission und Verbandsrat, keiner Regelung die Zustimmung zu geben, die in der Frage der Arbeitszeit und den oben erwähnten sozialen Gesichtspunkten nicht der von den Stadtverordneten beendeten Auffassung Rechnung trägt. Der zukünftige Reichsmanteltarifvertrag darf nicht Normativrecht sein; er muß den Städten die Möglichkeit geben, bisher bestehende bessere Verhältnisse aufrechterhalten zu können.

Die Versammlung gelobt, alles daran zu setzen, die Gemeindefürsorge Berlins zu einer einheitlichen Kampffront zusammenzufassen. Sie gelobt, dafür einzutreten, daß auch der letzte Gemeindefürsorgearbeiter, die letzte Gemeindefürsorgearbeiterin, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband beigeführt wird.

Bezüglich der Lohnverhandlungen für die Kammereiarbeiter teilte Bevollmächtigter Polenske mit, daß auf Grund von Anträgen aus den Betrieben die Tarifkommission das am 23. November v. J. fristlos abgeschlossene Lohnabkommen zum 1. d. M. gekündigt hat. Die Forderungen erstrecken sich auf die Herabsetzung des Alters der Vollarbeiter auf 21 Jahre (jetzt 24 Jahre) und auf eine Erhöhung der Vollarbeiterlöhne um 10 Pf. pro Stunde. Die Löhne aller anderen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen sich im bisherigen Verhältnis erhöhen. Die Verhandlungen mit dem Magistrat finden am kommenden Freitag statt. Die Verhandlungskommission wird ferner versuchen, die Löhne der Gemeindefürsorgearbeiter besser als bisher an die in Vergleich zu stellenden Gehälter der Beamten anzupassen.

**Im Kampf gegen den Betriebsrat.**

**Niederlage und Rückzug der Firma Pintsch.**

Die Firma Julius Pintsch A.-G. hatte beim Gewerbegericht beantragt, den Betriebsratsvorsitzenden J. seines Amtes zu entheben, weil er seine Pflichten gröblich verlegt habe, indem er zu erkennen gegeben habe, daß er nur die Interessen der Verbandsmitglieder, nicht aber die Interessen der Unorganisierten vertreten wolle. — Zum Beweise ihrer Behauptung berief sich die Firma auf ein in ihrem Bureau hergestelltes, von einer Arbeiterin A. und einem Arbeiter B. unterzeichnetes Protokoll, worin gesagt wird, J. habe es abgelehnt, mit der Arbeiterin A. über eine Betriebsangelegenheit zu verhandeln, weil sie nicht organisiert sei. Als aber dieses Protokoll vor Gericht geprüft wurde, da stellte sich heraus, daß sein Inhalt der Wahrheit widerspricht. Und das wurde festgestellt durch das Zeugnis der beiden Unterzeichner

des Protokolls. Nach deren Auslagen hat sich der fragliche Vorgang so abgespielt:

Eine Anzahl Arbeiterinnen waren unzufrieden darüber, daß an Stelle der neunstündigen Arbeitszeit das Zweischichtensystem zu je 8 Stunden auf Veranlassung des Betriebsrats eingeführt worden war. Die Arbeiterinnen stellten deswegen den Betriebsratsvorsitzenden J. zur Rede, während er in seiner Werkstatt bei der Arbeit war. J. sagte den Arbeiterinnen, er habe jetzt keine Zeit zum Verhandeln, sie sollten in die Sprechstunde des Arbeiterratsvorsitzenden gehen und dort ihr Anliegen vortragen. Über die erregten Arbeiterinnen ließen sich nicht so leicht abweisen. Es gab ein Hin- und Herreden und Frau A. richtete an J. die Frage, warum denn der Betriebsrat seinerzeit nicht gegen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit vorgegangen sei. Da fragte J. zurück: „Sind Sie organisiert?“ Als Frau A. das verneinte, da sagte J.: „Wenn Sie Verbandsmitglied wären und unsere Versammlungen besucht hätten, dann müßten Sie, daß wir gegen die neunte Stunde nichts machen können.“ Nun gingen die Arbeiterinnen in das Lohnbüro, um dort ihr Anliegen wegen der Arbeitszeit vorzutragen. Dabei wurde auch die Unterredung mit J. erwähnt, die sich der Beamtin der Firma so zusammenreimte, daß J. die Verhandlung mit den Arbeiterinnen abgelehnt habe, weil sie nicht organisiert seien. So kam das samole Protokoll zustande, durch dessen „Beweiskraft“ der Betriebsratsvorsitzende zu Fall gebracht werden sollte. Als sich nun vor Gericht herausgestellt hatte, daß mit dieser unbrauchbaren Waffe nichts auszurichten war und die Klage der Firma abgewiesen werden mußte, da trat die Firma mit der neuen Behauptung auf, J. habe kein Amt und dadurch vermischt, daß er erklärt habe, Geschäftsgeheimnisse, die er in den Sitzungen des Betriebsausschusses erfahre, halte er vor seiner Organisation nicht geheim. J. bezeichnete diese Angabe als unwahr. Aber die Firma bot Beweis an durch das Zeugnis eines Direktors, der für längere Zeit vertieft sei. Der Termin wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Wochen sind seitdem vergangen. Ein neuer Termin kam nicht. Da erkundigten wir uns, ob denn der Zeuge der Firma immer noch nicht von seiner Reise zurück sei. Nun wurde uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Der Zeuge war ja bloß ein paar Tage in — Fürstentum, aber die Firma hat kürzlich ihre Klage ohne Vorbehalt zurückgezogen.

Daraus folgt: Die zweite Besetzung der Firma gegen den Betriebsratsvorsitzenden muß wohl ebenso haltlos gewesen sein wie die erste. Darum hat die Firma Pintsch, um einer zweiten Niederlage in öffentlicher Gerichtsverhandlung zu entgehen, in aller Stille den Rückzug angetreten.

**Lohnabkommen für die Metallformer.**

Für die in den Metallgießereien Berlins beschäftigten Former und Hilfsarbeiter ist am 18. d. M. vom Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt worden. Die Löhne in der ersten Klasse (Handwerker) werden pro Stunde um 3 Pf. erhöht, die der zweiten Klasse (Angelernte) um 5 Pf. und die der dritten Klasse (Hilfsarbeiter) um 8 Pf. Für die in den Buntgussgießereien Beschäftigten besteht ein Sonderabkommen, nach dem die Arbeiter dieser Betriebe 10 Proz. über die Tariflöhne erhalten. Dieser Zuschlag ist durch den Schiedspruch auf 15 Proz. erhöht worden. Er gilt allerdings jetzt, wie auch früher, nur für die erste und zweite Klasse. Das Lohnabkommen gilt rückwirkend vom 4. Februar bis zum 4. April.

In einer Branchenversammlung der Former und Berufsangehörigen, die am Montag in Graumanns Festsaal stattfand, berichtete Branchenleiter Fredow über die Verhandlungen. Nach eingehender Aussprache wurde der Schiedspruch mit einer ganz geringen Mehrheit angenommen. Wie wir schon erfahren, haben auch die Unternehmer dem Spruch zugestimmt. Damit ist er rechtskräftig geworden.

**Neue Situation im Meierei-Konflikt.**

Wie uns der „Deutsche Verkehrsband“ mitteilt, hat die Milchlieferungsgesellschaft nunmehr den Schiedspruch anerkannt. Somit ist der Konflikt mit der Milchlieferungsgesellschaft beigelegt. Die Meierei Bolle hat den Schiedspruch angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Die Angestellten ihrerseits haben den Schiedspruch für die Meierei Bolle abgelehnt.

**Zum Konflikt in der Schwerindustrie.**

Dortmund, 24. Februar. (W.F.) In den Arbeitszeit- und Lohnstreitigkeiten in der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe ist der Termin zur Nachverhandlung über den Schiedspruch vom 19. Februar von Mittwoch auf Donnerstag dieser Woche verlegt worden. Die Verhandlungen finden im Reichsarbeitsministerium vormittags um 10 Uhr statt. Die Nachverhandlungen über den Schiedspruch vom 11. Februar für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe finden am Freitag dieser Woche vormittags 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium statt.

**Die Lohnbewegung der englischen Bergarbeiter.**

London, 24. Februar. (W.F.) Die Bergarbeitergewerkschaft von Northumberland fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung dringend eine internationale Aktion im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Konflikt im britischen Bergbau und tritt für eine Wiederherstellung des Dreibundes der Eisenbahner, Transport- und Bergarbeiter ein.

Verantwortlich für Politik: Graf Kenter; Wirtschaft: Arthur Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Gahrman; A. G. Gahrman; Voltaire und Sonstiges: Fritz Korb; Anzeigen: H. Gahrman; Familien in Berlin: Berlin: Bornstraße 10 u. 11, Berlin. Druck: Bornstraße-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

**1000 Strickwesten**  
Sportäcken etc. aller Art.  
**Bleyle's Kinder-Kleidung**  
zu Originalpreisen.  
Billigste Quelle für Kenner  
u. ausserordentlichem Geschmack  
**Bruno Richter & Co.**  
Fabriklager Güter, Wolllwaren  
Bl. -Pankow, Mühlentor 1, Ecke Breitstraße  
9-11-13-15-17-19 Nur Einzelverkauf.

**Küchen**  
Qualitäts-Möbel  
in der denkbar größten Auswahl  
zu enorm billigen Preisen, bis  
zu den feinsten Modellen.  
Küche Margaret, roh, mit An-  
richte kompl. 63, email. 100 M.  
Küche Maria, roh, m. Anrichte  
kompl. 70 M., email. 120 M.  
Küche Gerty, roh, m. Anrichte  
kompl. 95 M., email. 140 M.  
Küche Berlin m. Seitenspenden  
195 cm br., kompl., email. 165 M.  
Bauernküche Erika, roh, 11 M.,  
email. 57 M.  
Kleiderschränke, roh, 90 cm  
breit 33 M., email. 38 M.  
**Küchenmöbelfabrik  
Laserstein**  
Luckauer Straße 1  
Ecke Oranienstraße  
v. Moritz und Granitzplatz  
Tel. Moritzpl. 1433

**Wer Möbel kaufen will,  
muß unser neues  
Zahlungs-System kennen!**  
Fragen Sie uns — und wir sagen Ihnen den Weg,  
der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.  
Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen,  
daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen  
müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.  
Was uns betrifft — wir haben auch Vertrauen zu  
Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf  
Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.  
**Willstätt & Co.** am Wannsee-  
Bahnhof  
Berliner-, Ecke Albrechtsstraße Steglitz

**H. BALUSCHKE**  
Großstadtgeschichte  
Suchen ersehnen Mit Hülfe von ihm selb-  
st in Gärten gelassen 1,60 Mark Zu haben  
Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2

**Schwerhörige**  
ausen und tragen die neue Gehörpfel  
mit Ohrgehörigen. Gemachte Hörschorn  
in der Ohrmuschel durch vorherigen Ein-  
spritzung nach Anweisung. Am Hörer  
sind die Hörer. Verlangen Sie Druck-  
sachen gratis und gratis. Klein-Vertrieb  
in allen Kreisstädten durch Ver-  
wechslung unter Angabe bisheriger Tätigkeit.  
**Hörkapsel-Gesellschaft**  
m. b. H.  
Breslau X, Maltzahnstraße 26.

**HOLZHAUSER**  
von 500 Mk. an  
Schuppen, Hallen, Ge-  
räten etc. liefert preis-  
wert. 7097 21 2  
**Boischausen Ultra**  
24, Lützowstraße 51-53  
Berlin SW 21